

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Aufdeckung der bayerischen Feme.

Die Verhaftung Schweikarts bestätigt. — Das System Rahr — Roth — Pöhner.

München, 9. Juli. (WIB.) Von amtlicher Seite wird bestätigt, daß im Zusammenhang mit der am 9. Juni 1921 erfolgten Ermordung des bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis gegen den früheren Leutnant Hans Schweikart eine Voruntersuchung im Gange ist. Leutnant Schweikart befindet sich in Haft.

Die Zusammenhänge der Mordtat.

München, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am 9. Juni, nachts zwischen 11 und 12 Uhr wurde der damals der MSP. zugehörige bayerische Landtagsabgeordnete Gareis auf dem Nachhausewege von einer Versammlung vor der Gartentüre seiner Wohnung niedergeschossen. Zwei Stunden später erlag er seiner Verwundung, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Trotz angeblich eifrigster Nachforschung durch die Münchener Polizei, an deren Spitze damals Polizeipräsident Pöhner stand, gelang es nicht, den Mörder zu fassen, so daß das niederträchtige Verbrechen bis heute keine Sühne gefunden hat. Am Donnerstagabend ist nun bekannt geworden, daß der ehemalige Leutnant Hans Schweikart wegen dringenden Verdachts, Gareis ermordet zu haben, in Untersuchungshaft genommen worden ist.

Tatsache ist, daß dieser Schweikart vor etwa 14 Tagen in München verhaftet wurde; ebenso ist Tatsache, daß das bisherige Verhör mit ziemlicher Sicherheit darauf schließen läßt, daß man in ihm den Mörder des Gareis gefaßt hat. Immerhin sind bis zur Stunde noch nicht alle Zusammenhänge der Mordtat aufgedeckt. Derselbe Schweikart war bereits vor Jahren längere Zeit in Untersuchungshaft, weil er des Mordes an dem Dienstmädchen Sandmeier im Frühjahr 1921 im Forstentrieder Park verdächtig war, das angeblich Kenntnis von geheimen Waffenlagern erhalten hatte, deren Verrat an die Entente befürchtet wurde. Schließlich wurde Schweikart damals mangels schlüssiger Beweise freigelassen. In letzter Zeit ergaben sich aber neue Beweise für seine Schuld und weiterhin auch Anhaltspunkte dafür, daß er auch den Mord an Gareis auf dem Gewissen hat. Denn es stellte sich heraus, daß Schweikart nach dem Mord an der

Sandmeier ins Ausland flüchtete, von wo er am Tage der Ermordung Gareis' nach München zurückgekehrt war, um tags darauf, also am 10. Juni, wiederum mit falschem Paß, diesmal nach Ungarn zu flüchten. Die beiden falschen Pässe wurden ihm von der Polizeidirektion München ausgestellt, die damals unter der berühmten Leitung Pöhners und seines Gehilfen Friedl, des Hitler-Putschisten und jetzigen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten, stand.

Daß in den Jahren 1920 bis 1923 die Münchener Polizeidirektion der Unterhulupf für alle möglichen rechtsradikalen Verschwörer in größtem Umfange gewesen ist und daß eine Reihe von Paffälschungen für diese Banditen direkt auf Pöhner zurückgehen, wurde wiederholt in aller Öffentlichkeit nachgewiesen, ohne daß es amtlich jeweils bestritten oder widerlegt wurde. Es darf also mit größter Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden, daß mit der Aufdeckung der Mordtaten an Gareis und der Sandmeier das ganze korrupte System, das damals in Bayern herrschte, auf die Anklagebank kommen wird, jenes System, das unter dem glorreichen Triumvirat Rahr-Roth-Pöhner seine höchsten Triumphe gegen Gerechtigkeit und Wahrheit feierte und das mit dem Hitler-Putsch das ganze Reich an den Abgrund zu bringen drohte.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist jetzt der Zeitpunkt nahe, wo die Beweise restlos dafür erbracht werden können, daß unter dem Ministerpräsidenten des Hochverrats Rahr, der sich als Statthalter der Wittelsbacher Monarchie fühlte, in München und Bayern unter der Protektion der maßgebenden Regierungsstellen geheime Rärverbänden sich organisieren und politische Morde ausführen konnten. Einem dieser Heimeorgane, die in engster Verbindung mit der Münchener Polizeidirektion Pöhner-Friedl standen, ist auch Gareis zum Opfer gefallen. Durch die Aufdeckungen dieser ruchlosen Mordtaten führt der Kampf der Sozialdemokratie in Bayern, die gerade um dieses Kampfes willen Jahr um Jahr den gemeinsten Schmähungen und schlimmsten Verleumdungen ausgesetzt war, zu einem Sieg der Gerechtigkeit über politischen Haß und verbrecherische Korruption.

Notwehr gegen Faschisten.

Politische Nachbetrachtungen zu einem Freispruch.

Lugano, Anfang Juli.

Am 17. Juni ist von den römischen Geschworenen ein Anarchist mit Namen Pietro Ghinazzi freigesprochen worden, der in den Tagen des faschistischen Marsches auf Rom einer Gruppe bewaffneter Faschisten Widerstand geleistet und einen der Faschisten getötet hatte. Die Geschworenen haben angenommen, daß er im Zustande der Notwehr gehandelt hat; der Oberstaatsanwalt hatte dagegen die Ansicht vertreten, daß Ghinazzi den Faschisten aufgelauert und dann aus dem Hinterhalt auf sie geschossen hatte. Ueber die Grenzen der Anklage hinaus, die auf Totschlag lautete, wollte der Oberstaatsanwalt die Verurteilung wegen Mordes durchsetzen.

Der Freigesprochene hat eine lange tragische Vorgeschichte. Zu Anfang des Jahres 1921, als die faschistischen Gewalttaten eben begonnen hatten, schleuderte er eine Bombe gegen ein Lastauto voll Faschisten, wobei mehrere verwundet wurden. Ghinazzi wurde in Abwesenheit zu 19 Jahren Zuchthaus verurteilt, aber von einer vorfaschistischen Amnestie begnadigt. Nach dem Verbrechen lebte er unter falschem Namen in Rom und arbeitete als Maurer in der Gartenstadt des Aniene. In der Nacht des 29. Oktober 1922 kehrte er mit zwei Gefährten aus Rom zurück, um sich an seinen Arbeitsort zu begeben, der sog. Kathedrale des Papstes Alexander, 10 Kilometer von Rom entfernt. Im Dunkel der Nacht treten ihm 6 mit Gewehren bewaffnete Faschisten entgegen; auf ihren Anruf gibt der Arbeiter Feuer und tötet einen von ihnen. Die Faschisten feuern fast gleichzeitig und eine Kugel zerstückelt den Oberschenkelknochen Ghinazzis. Dieser entkommt im Dunkeln, trotz der schweren Verletzung, und wird erst nach zwei Tagen von den Carabinieri halb verblutet aufgefunden. Die beiden Gefährten werden ergriffen; von einem von ihnen, einem Burlesken mit Namen Albido, hat man nie mehr etwas gehört und weiß nicht, ob er lebt oder tot ist. Der andere, Kulli, wurde von den Faschisten erschossen. An der Leiche wurden sieben schwere Schußverletzungen und weiter Verwundungen durch Kolbenhiebe festgestellt.

Für die Faschisten kam die Weihnachtsamnestie von 1922 in Anwendung, die alle „zu nationalem Zweck“ ausgeführten Verbrechen amnestierte. Ghinazzi wurde nach fünf Monaten Hospital in Untersuchungshaft gehalten. Mit dem Prozeß beehrte man sich nicht, weil es fast unmöglich schien, eine Verurteilung durchzusetzen, gegen einen Arbeiter, der in dunkler Nacht von 6 Bewaffneten angegriffen wird. Und so inszenierten die Faschisten von Bologna inzwischen einen anderen Prozeß. Vor dem Bombenattentat Ghinazzis war nämlich in Bologna ein städtischer Polizist getötet und wegen dieser Tat ein Faschist mit Namen Calvi verurteilt worden. Die Faschisten bringen nun Zeugen bei, die Ghinazzi der Tötung des Polizisten beschuldigen, eine Revision durchsetzen und im April 1926 Ghinazzi auf Grund von Hörensagen und ohne Beweismaterial zu 21 Jahren Zuchthaus verurteilen lassen. Der einzige Augenzeuge des Totschlages hat auch bei der Revision auf seiner ersten Aussage bestanden, daß er nur Calvi gesehen und mit Deutlichkeit erkannt hat. Calvi wird freigesprochen.

Nach dreieinhalb Jahren Untersuchungshaft kam nun endlich der Prozeß wegen der Episode des Marsches auf Rom. Da beide Gefährten Ghinazzis tot waren, wäre es für ihn leicht und auch nicht unehrenhaft gewesen, diesen die Schuld zur Last zu legen. Aber Ghinazzi erklärte: „Ich allein war bewaffnet, ich allein habe geschossen“. Gleichzeitig sagt er noch einmal, daß er an der Tötung des Polizisten unschuldig ist. Der Verteidiger des Anarchisten sagt den Geschworenen: „Das Geständnis des Angeklagten beweist nichts, wenn kein weiteres Beweismaterial dazukommt. Ghinazzi kann ihr nicht verurteilen, ohne zuzugeben, daß die Faschisten seinen Gefährten Kulli unschuldig getötet haben.“ Aber die Geschworenen haben den Tatbestand der Tötung durch Ghinazzi als bewiesen angesehen und ihn trotzdem freigesprochen, weil sie den Zustand der Notwehr annahmen. Selbst wegen der Führung eines falschen Namens haben sie den Ghinazzi nicht verurteilt.

Dieser Wahrspruch steht im faschistischen Regime fast einzig da. Pflegen die Geschworenen doch unter keinen Umständen das Recht auf Notwehr gegenüber faschistischen Angreifern anzuerkennen. Und nun gar während des Marsches auf Rom!

Zu diesem Freispruch ist weiter zu bemerken, daß er ausschließlich in einer großen Stadt möglich war; in einem kleinen Orte hätten die Faschisten in der Nacht nach dem Wahrspruch die Wohnungen der Geschworenen verbrannt und vermintet. Weiter dürfte zu ihm wesentlich der Umstand beigetragen haben, daß der arme Ghinazzi ohnehin nicht in Freiheit gesetzt werden kann; in der Tat nicht in solchen Fällen das Freigesprochenwerden wenig. Vor einem Jahr ist ein Kommunist in Spezia freigesprochen worden; man fand ihn aber wenige Tage darauf tot auf der Landstraße. Die Geschworenen rechnen mit dieser Arbeit des „Rachrichters“, die sich die faschistische Partei bei Freisprüchen vorbehält. Auf alle Fälle gereicht aber der Wahrspruch von Rom den Geschworenen zur Ehre; er rehabilitiert ein wenig die Institution der Geschworenengerichte, in die die italienische Arbeiterklasse heute fast alles Vertrauen verloren hat.

Tagung des ADGB. in Düsseldorf.

Besprechung der Lage des Arbeitsmarktes.

Düsseldorf, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die vierte Sitzung des Ausschusses des ADGB. wurde am Freitag morgen in Düsseldorf eröffnet. An der Sitzung nahmen u. a. der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, Ministerialdirektor Dr. Welgerl und der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Sengrup als Gäste teil. Die Sitzung wurde eingeleitet durch den Vorsitzenden des ADGB. Leipart, der den Bericht des Bundesvorstandes erstattete. Im Anschluß daran trat der Bundesausschuß in die Erörterung des Hauptpunktes der Tagesordnung:

Die Lage des Arbeitsmarktes und die Erwerbslosenfürsorge

ein. Das einleitende Referat hielt der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes Dr. Bruno Bröder. Er führte aus: Der minimale Rückgang der Erwerbslosigkeit im ersten Halbjahr 1926 hat die pessimistischen Erwartungen übertroffen. Die Frühjahrskonjunktur für das Baugewerbe und die Landwirtschaft hat eine nur geringe Beeinträchtigung des Arbeitsmarktes im günstigen Sinne bewirkt. Am 15. Februar betrug die Zahl der Hauptunterstützten 2 058 853, sie verminderte sich bis zum 15. März auf 2 017 451, am 15. April auf 1 883 626, am 15. Mai auf 1 734 429 und stieg bis zum 15. Juni wieder auf 1 749 111. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen unter Einrechnung der Richtunterstützten ist noch um 25 bis 30 Prozent höher. Die Zahl der Ausgesteuerten braucht noch nicht allzu hoch angenommen werden. Doch waren am 15. Juni bereits 276 000 Erwerbslose über sechs Monate und 956 000 über drei Monate unterstützbar.

Am schwersten betroffen sind immer noch das Baugewerbe mit nach der freigewerkschaftlichen Statistik 22,9 Proz. Arbeitslosen, Bekleidungsarbeiter mit 23,2 Proz., Textilarbeiter 19,9 Proz., Hutarbeiter 36,04 Proz., Schuhmacher 32,3 Proz., Lederarbeiter 25,2 Prozent, Sattler und Portefeuilier 31,7 Proz., Tabakarbeiter 87,8 Prozent, bei den Metallarbeitern schließlich 20,6 und bei den Holzarbeitern 28,9 Proz. Die Zahl der Kurzarbeiter entspricht ungefähr der Zahl der Arbeitslosen.

Das Bauprogramm der Reichsbahn.

Zur Erleichterung des Arbeitsmarktes.

Wie aus dem Arbeitsprogramm der Reichsregierung hervorgeht, wird das Reich der Reichsbahngesellschaft ein Darlehen von 50 Millionen Mark zur Fertigstellung beginnender Bahnbauten zur Verfügung stellen. Nach einer Mitteilung der Reichsbahngesellschaft sollen zunächst in der Hauptsache folgende Strecken ausgebaut werden:

Dortmund—Preußen—Münster, Witten—Wess—Barmen, Werden—Köln—Ahrburg, Merseburg—Jösch, Goldap—Sittichowen, Jülich—Bodenmais, Eibenberg—Eisenbach, Borna—Großbothen, Boder—Runcwald—Löbau und einige bisher stillgelegte Nebenbahnen in Württemberg und Baden, darunter die Rurginbahn.

Mit der Elektrifizierung der Berliner Vorortbahnen wird ebenfalls sofort begonnen. Dabei wird der Umsteigeverkehr zwischen der Vorort- und der Ringbahn erleichtert. Die Finanzierung der Berliner Bahnbauten hofft die Reichsbahn zum Teil aus dem vom Reich in Aussicht gestellten weiteren Hundertmillionen-Kredit zu Neubauten decken zu können.

Heute Abstimmung über Caillaux.

Die Mehrheit für ihn wahrscheinlich. — Eine Milliarde Mehrforderung für Beamtengehälter.

Paris, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Freitag wird voraussichtlich den Abschluß der Finanzdebatte und die Endabstimmung bringen. Von unvorhergesehenen Zwischenfällen abgesehen, kann die Regierung auf eine Mehrheit für ihr Programm zählen. Denn in dieser Kammer hat außer der sozialistischen Partei niemand eine Meinung über das Finanzproblem. Dieselben Parteien, die Caillaux eine Ovation brachten, haben Blums Darlegungen lebhaften Beifall gezollt.

Die sozialistische Fraktion hat am Donnerstag einen Antrag ausgearbeitet, für den sie in der Kammer die Priorität (erste aller Abstimmungen) verlangen wird. In dem Antrag werden aus der Ausdrache die politischen Konsequenzen gezogen und als Hauptpunkte einer Finanzsanierung gefordert: Kapitalabgabe, daneben Verwerfung der Auslandsanleihen und des Washingtoner Schuldenabkommens. In der Abstimmung für oder gegen die Priorität dieses Antrages wird bereits die politische Entscheidung fallen.

Die Kritik Leon Blums an Caillaux' Sanierungsprogramm hat bereits eine prinzipielle Bestätigung durch Caillaux selbst erfahren. Wahrscheinlich um die von ihm angekündigte „Sparjamleitsära“ einzuleiten und eine Inflation unter allen Umständen zu vermeiden, hat Caillaux am Donnerstag auf die Anfrage eines Abgeordneten wegen der Verschleppung der Gehaltserhöhungen für die Postbeamten erklärt, die Regierung werde in kürzester Zeit von der Kammer einen Kredit von einer Milliarde Franken zu allgemeinen Erhöhung der Beamtengehälter verlangen.

Vergebliche Sanierungsversuche in Belgien.

Brüssel, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Senat machte am Donnerstag Finanzminister Houtart Ausführungen über die Finanzlage und Reformpläne der Regierung zur Frankensanierung. Wesentlich neues brachte die Erklärung nicht, die auf die Sozialisten einen ungünstigen Eindruck machte, da die ganze Weisheit darin besteht, fernere Kapitalflucht durch immer weitergehende Steuerkonzession an die Befähigten zu vermeiden. Bemerkenswert ist die Erklärung, daß die Regierung den Franken schließlich zum Kurse von 150 das Pfund zu stabilisieren hofft. Am Donnerstag verlaute übrigens gerüchtele, daß außer der Eisenbahn auch das staatliche Fernsprechwesen in eine Aktienunternehmung umgewandelt werden soll.

Die Moral der Offizierspension.

Und die Unmoral der Erwerbslosenunterstützung.

„Recht und Moral“ sind schon wieder einmal in Gefahr. Das hat Herr W. v. Massow entdeckt, der in der „Täglichen Rundschau“ schreibt:

Neuerdings häufen sich wieder heftige Angriffe gegen die Pensionszahlungen, besonders die für die Offiziere. Kürzung und Abbau dieser Zahlungen wird verlangt. Pensionen werden als unnötige Zahlungen ohne Gegenleistung hingestellt und sollen als überflüssig gelten, während man sich gleichzeitig für Erwerbslosenunterstützungen in einem Umfange begeistert, der geradezu eine Prämie auf die Faulheit bedeutet.

Pensionskürzungen sind aber nicht nur juristisch ungerechtfertigt und durch die Verfassung verboten, sondern auch wirtschaftlich tödlich und verfehlt. Man könnte hinzufügen, daß sie auch unmoralisch sind.

Die Kritik, die an dem gegenwärtigen System der Pensionszahlungen geübt wird, richtet sich bekanntlich nicht gegen die Pensionen an und für sich, sondern gegen die Tatsache, daß Männer, die über gewaltige Einnahmen aus Erwerb und Vermögen verfügen, gleichzeitig oft außerdem noch sehr hohe Offiziers- oder Beamtenpensionen erhalten. Die Sozialdemokratie hat gegen diesen Unfug vergebens angekämpft, sie stieß bei bürgerlichen Parteien, besonders bei den Deutschnationalen, auf fanatischen Widerstand.

Wenn Herr v. Massow diesen Zustand verteidigt, so mag man das aus seinem Klassen- und Sonderinteresse begreifen. Der Wahlspruch derer v. Massow heißt bekanntlich: „Recht, was so ist, das blüht so!“ Aber wenn dieser v. Massow gleichzeitig die namenlose Unverschämtheit besitzt, die Erwerbslosen auf das Pflaster geworfen sind, so ist das doch ein bemerkenswertes Zeugnis für die Gesinnung, die in seinen Kreisen zu Hause ist. Wer kann es der Waffe des notleidenden Volkes verüben, wenn sie angesichts solcher Erscheinungen den Wunsch hegen, auch jene Kreise möchten einmal — aus erzieherischen Gründen — erfahren, wie der Hunger weht? Dieses rohe Herrentum, das nur an das eigene Wohlleben denkt, an der Not seiner Volksgenossen aber mit frechen Bemerkungen vorübergeht, hält sich selber für national. Seine Existenz aber ist eine Schande für die Nation.

Der Konflikt Preußen — Reich.

Der Reichszugler an Ministerpräsident Brauns.

In Beantwortung des Briefes des preußischen Ministerpräsidenten an den Reichszugler vom 7. d. M. in der Frage der Besetzung einer Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahn hat Reichszugler Dr. Marx folgendes Schreiben an den preußischen Ministerpräsidenten Brauns gerichtet:

Berlin, den 8. Juli 1926.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ihre gestern im preußischen Abgeordnetenhaus zur Besetzung einer Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahn gemachten Ausführungen geben mir Veranlassung, mich zu der strittigen Frage nochmals eingehend zu äußern. Dieses Bedürfnis empfinde ich um so stärker, als den Vertretern der Reichsregierung die Möglichkeit fehlt, im preußischen Landtag auf Ausführungen preußischer Regierungsvertreter zu erwidern oder irrtümliche Darlegungen richtigzustellen. Dabei verlege ich es mir aus gewichtigen Gründen, auf die Form Ihres Schreibens wie auf die Tatsache einzugehen, daß Sie das Schreiben in der Öffentlichkeit zur Verlesung brachten, bevor es mir zugegangen war.

Wenn ich zunächst auf die Rechtslage eingehe, zu deren Klärung die preußische Staatsregierung nunmehr den Staatsgerichtshof angerufen hat, so tue ich das nicht deshalb, weil etwa die Reichsregierung unter Außerachtlassung aller anderen Gesichtspunkte lediglich ihr formales Recht wahrnehmen wollte. Die Rechtsfrage oder anders ausgedrückt, das angebliche preußische Benennungsrecht ist vielmehr im Laufe der langwierigen Verhandlungen über die Besetzung der Stelle gerade seitens der preußischen Regierung in

den Vordergrund gerückt worden. Die preußische Regierung beruft sich bei Verletzung ihrer Ansicht, wonach ihr das Recht zur Benennung bei der Besetzung dieser Stelle zustehe, auf die „Erklärungen zur Auslegung des Staatsvertrages über den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich“, die am 25. März 1924 zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem preußischen Handelsminister ausgetauscht worden sind. Ziffer IV dieser Erklärung lautet wie folgt:

„In dem zukünftigen Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn, auch den etwa vorläufig zu bildenden, erhält die preußische Regierung eine Vertretung aus eigenem Recht. Es soll angestrebt werden, daß unter den Mitgliedern des Verwaltungsrats, die etwa aus der freien Wirtschaft genommen werden, Preußen vertreten ist.“

Diese Zusage bezieht sich auf den Verwaltungsrat, der nach der Verordnung über die Schaffung eines Unternehmens „Deutsche Reichsbahn“ vom 12. Februar 1924 und nach dem auf Grund des § 10 dieser Verordnung zu erlassenden Eisenbahnfinanzgesetz in Aussicht genommen war. Dieser Auffassung der preußischen Staatsregierung, daß diese Zusage auch für die erst im August 1924 gegründete „Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft“ Geltung habe, hat sich die Reichsregierung, wie im Laufe der zwischen dem Reich und Preußen hierüber geführten Verhandlungen mündlich und schriftlich mehrfach mitgeteilt worden ist, nicht anschließen können. Die Mitglieder der Reichsregierung sind vielmehr einstimmig der Meinung, daß eine ausdrückliche oder stillschweigende Uebertragung dieser Zusage auf die heutige Reichsbahn-Gesellschaft nicht erfolgt ist und wegen des völlig anders gearteten Aufbaues dieser Gesellschaft auch nicht erfolgen konnte. Für das alte Unternehmen kenne die Reichsregierung den Länder, wie es gegenüber Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden damals geschehen war, die unbeschränkte Zusage hinsichtlich der Ernennung von Verwaltungsratsmitgliedern geben, da die Gestaltung des Verwaltungsrats dem freien Ermessen der Reichsregierung überlassen war. Sie unterlag also beim Unternehmen „Deutsche Reichsbahn“ auch keinerlei Beschränkungen in der Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrats. Bei der heutigen Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft unterliegt die Gestaltung des Verwaltungsrats nicht dem freien Ermessen der Reichsregierung, sondern vielmehr den Bestimmungen des Reichsbahngesetzes vom 30. August 1924. Nach diesem Gesetz besteht der Verwaltungsrat aus 18 Mitgliedern, von denen nur 9 von der Reichsregierung, die anderen 9 von dem Treuhänder als dem Vertreter der Gläubiger der Reparationsschuldverschreibungen ernannt werden. Von den 9 von der Reichsregierung zu besetzenden Stellen können nach dem Uebergang von Vorkursaktien in fremde Hände 4 Stellen dem Ernennungsrecht der Reichsregierung verlorengelassen. Wenn nun die ursprünglich den 5 genannten Ländern gemachte Zusage auch für die Zusammensetzung des Verwaltungsrats der heutigen Reichsbahn-Gesellschaft Geltung haben sollte, so würde die Lage entstehen können, daß die Reichsregierung auch nicht eine einzige Stelle des Verwaltungsrats nach eigenem Ermessen besetzen könnte. Die geltend gemachte Rechtsauffassung der Reichsregierung ist den Länderregierungen auch bereits bei der Verhandlung vom 9. Mai 1924 zum Ausdruck gebracht worden.

Nun wird von der preußischen Staatsregierung ausgeführt, daß die Reichsregierung diese ihre Rechtsauffassung wohl gegenüber Preußen, nicht aber auch gegenüber Bayern und Sachsen geltend gemacht hätte. Auch diese Anschauung entbehrt der Begründung.

Weber der Reichsbahndirektionspräsident a. D. Hertel, nach der Ministerpräsident a. D. Kreisbahnhauptmann Bux sind auf Grund der in den Erklärungen vom Frühjahr 1924 den Ländern gegebenen Zusage einer Vertretung im künftigen Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn aus eigenem Recht in den Verwaltungsrat der neuen Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft entsandt worden, sondern sie sind — und zwar beide nicht in ihrer Eigenschaft als Beamte — von der Reichsregierung zu Mitgliedern des Verwaltungsrats bestellt, auf Grund zustande gekommener Verständigung zwischen der Reichsregierung und den Ländern über die Persönlichkeiten.

Wie jedoch bereits dargelegt, war bei der Entschlebung der Reichsregierung die formale Rechtslage nicht das Entscheidende. Niemals war es insbesondere die Absicht der Reichsregierung, das ihr nach ihrer Auffassung unzweifelhaft zustehende Recht der Ernennung in schroffer Weise wahrzunehmen. Es war vielmehr von jeher ihr lebhafter Wunsch, sich über eine geeignete Persönlichkeit als Nachfolger des verstorbenen Geheimrats Arnhold mit der preußischen Regierung zu verständigen, so wie es seinerzeit bei der Ernennung des Geheimrats Arnhold der Fall gewesen war.

Die preußische Staatsregierung hat jedoch sowohl meinem Herrn Amtsvorgänger wie auch mir gegenüber in mündlichen und schriftlichen Erörterungen immer erneut zu erkennen gegeben, daß sie auf der Ernennung gerade der von ihr einzig benannten Persönlichkeit unter allen Umständen bestche. Die gleiche Haltung nahmen Sie, Herr Ministerpräsident, auch in den letzten beiden mit mir geführten Unterredungen ein. Es wurde namentlich die Anregung der Reichsregierung abgelehnt, statt eines aktiven Beamten eine führende Persönlichkeit aus dem Wirtschaftsleben Preußens zu benennen. Bei dieser Anregung war die Reichsregierung aus guten Gründen davon ausgegangen, daß es bei Besetzung der freien Stelle weniger auf sachmännische eisenbahntechnische Kenntnisse, als vielmehr auf sozialen und wirtschaftlichen Weitblick ankäme. Erst als die Reichsregierung nach meinen mit Ihnen gepflogenen eingehenden mündlichen Erörterungen die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß die preußische Staatsregierung nicht gewillt sei, ihrerseits eine Persönlichkeit von wirtschaftlichem und sozialem Ruf vorzuschlagen, vielmehr entschlossen sei, ihren Vorschlag lediglich aus eigenem Recht und nach eisenbahntechnischer Eignung zu machen, hat die Reichsregierung geglaubt, im Interesse einer wirtschaftlichen und sozialen Geschäftsführung ihr formales Ernennungsrecht unter Berücksichtigung dieser leitenden Gesichtspunkte ausüben zu müssen.

Dem mehrfach geäußerten Wunsch der Reichsregierung, Preußen möchte anstatt eines aktiven Beamten einen Wirtschaftsführer zur Ernennung vorschlagen, ist die preußische Staatsregierung mit dem Hinweis entgegengetreten, daß auch die Reichsregierung seinerzeit einen aktiven Reichsbeamten zur Wahrnehmung der Reichsinteressen in den Verwaltungsrat abgeordnet habe. Dieser Vergleich kann nicht gezogen werden, denn bei dieser Ernennung war ausschlaggebend, daß nach den geltenden Verträgen die Reichsbahn an der Zahlung der Reparationschulden heroorragend beteiligt ist und der betreffende Reichsbeamte an der Bearbeitung der gesamten Reparationsfragen seit Jahren im Reichsfinanzministerium leitend mitwirkte.

Meine Darlegungen möchte ich dahin zusammenfassen, daß die Reichsregierung bei ihrem Vorgehen Rechtsansprüche Preußens nicht verletzt hat, daß sie weiter ihr formales Ernennungsrecht erst ausgeübt hat, nachdem Preußen endgültig abgelehnt hatte, eine Persönlichkeit vorzuschlagen, deren Stellung im öffentlichen Leben und in der Wirtschaft die erforderliche Gewähr für die Vertretung der unabwiesbaren staatspolitischen und volkswirtschaftlichen Belange bot.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung

gez. Marx.

Das Breslauer Versammlungsverbot.

Erregung wegen der Ermordung des Reichsbannermannes

Breslau, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht. Der Breslauer Polizeipräsident hat ein allgemeines Verbot für öffentliche Kundgebungen und Versammlungen unter freiem Himmel erlassen. Die Ursache liegt in der starken Erregung wegen der Ermordung des Reichsbannermannes durch einen Stahlhelmer. Bei einer aus diesem Grunde veranstalteten Protestversammlung der Sozialdemokratischen Partei war der größte Saal Breslaus so überfüllt, daß eine Parallelversammlung im Garten abgehalten werden mußte. In einem Nebenraum des Lokals lagte gleichzeitig ein Schützenverein, der ein Hoch auf den „König“ ausbrachte. Das wurde von den Versammlungsbesuchern im Garten als eine monarchistische Demonstration aufgefaßt, während es in Wirklichkeit dem Schützenkönig galt. Aus diesem begreiflichen Mißverständnis heraus kam es zu einer Schlägerei. Dieses Vorkommnis wurde dann in der bürgerlichen Presse Breslaus sehr aufgebauscht und sehr einseitig Sozialdemokraten und Reichsbannerleuten zur Last gelegt. Das jetzige Verbot des Polizeipräsidenten ist nach vorheriger Verständigung, auch mit unserer Partei, herbeigeführt worden. Es dürfte nicht zuletzt veranlaßt sein durch die Ankündigung einer Stahlhelmkundgebung am kommenden Sonntag, von der angesichts der herrschenden Erregung schwere Zusammenstöße zu befürchten waren.

Genosse Paul Löbe und Genossin Clara Löbe erfuhren heute aus Anlaß ihrer silbernen Hochzeit zahlreiche Ehrungen.

Bergarbeiterfänger.

Von Egon Wertheimer, London.

Im Hymn-Club, einem Arbeiterklub des proletarischen Londoner Bezirks Islington, mimmt es wie in einem Ameisenhaufen. Die Chöre der walisischen Bergarbeiter werden abgefertigt. Ein omnibusartiges Auto nimmt zwanzig Leute auf, um sie nach einer Vorstadt zu befördern. Eine kleinere Gruppe schwärmt aus, um irgendwo im Süden zu singen. Eine andere Gruppe sitzt im Klub um den runden Tisch und wartet auf ihren „Marschbefehl“. Abend für Abend singen zehn Chöre in überfüllten Versammlungen und sammeln für die Frauen und Kinder des Bergbaudistrikts. Der englische Proletariat hat stets eine besondere Liebe für die Bergarbeiter gehabt, weil sie ihm als Symbol des Arbeitsbruders schlechtweg gelten. Darum öffnet der Arbeiter für den Kumpel seine knappe Börse weiter, als es ihm wohl erlaubt sein mag, und auch das bürgerliche Gewissen fühlt sich hier und da in seiner selbstgefälligen Ruhe erschüttert. Als die Bergarbeiterfänger von Wales kürzlich vor einem überwiegend bürgerlichen Auditorium sangen, da floßen Perlenflüsse, Ringe und Juwelen auf die Sammelsteller. Sechstausend Pfund Sterling (120 000 Mark) haben die Bergarbeiterfänger in wenigen Wochen ihren kämpfenden Brüdern zur Verringerung der Not im Bergbaurevier senden können. Nach einer solchen Versammlung erhielt der Vorsitzende einen anonymen Brief, in dem eine Witwe, die einen Sohn im Kriege verloren hatte, mitteilte, daß sie aus Mangel an weiteren Mitteln ihren Ehering für den Hilfsfonds opfern und zugleich das, die Sache nicht an die große Glocke zu hängen.

Diese Bergarbeiterchöre sind aus uralten walisischen Traditionen hervorgegangen. In den Dörfern und Städten von Wales hat der Kapitalismus nicht die Volkstunf vernichten können. Hier leben, vom Vater auf den Sohn vererbt, die alten Weisen fort, und hier gibt es noch heute regelmäßig Sängerwettkämpfe, Turniere der heimlichen Harfisten und öffentlichen Wettbewerbe walisischer Dichter. So sind diese Chöre, von einem naturgewachsenen musikalischen Gefühl getragen, in ihrer Art vollendet. Als die Unternehmer die Bergarbeiter ausperren, da begaben sich diese Sänger auf die Wanderschaft. Hier sind sie unbewußt Pioniere ihrer ausgesperren Brüder geworden, lebendige Zeugen für den Drang nach dem Schönen und Höheren auch in den Herzen derjenigen, die tief, tief unter Tag, gebückt und geschwärtzt, die härteste Arbeit verrichten.

Wir begleiten einen Chor, der nach dem Osten Londons gehen soll. Die Untergrundbahn entläßt uns inmitten des jüdischen Viertels. Durch Gassen und Gäßchen von trostloser Monotonie geht es. Rund um uns ist proletarisches Judentum, Häuser, in denen die kleinen Händler und Handwerker leben. In einer Winkelgasse taucht das Klubgebäude auf einem Hügel auf. Es ist ein Gewerkschaftsklub, mit einer Bar unten, einem riesigen Billard und einem großen freundlichen Saal im zweiten Stock. Girlanden hängen von der

Decke herab. Der Vorhang geht auf, der Gesang beginnt. Am Klavier sitzt gebeugt ein alter Proletarier, der sein Leben lang unter der Erde gearbeitet hat. Welcher heroische Kampf gegen ein wildiges Schicksal mußte durchgeschritten werden, bis dieser Mann seinen von Arbeit gehärteten Händen solche künstlerische Meisterkraft abzutrotzen vermochte! Dunkel und fremd klingen die Weisen in jener Sprache von Wales, die den Engländern nicht weniger fremd sein kann als uns:

Es ist ein Land, das winkt heller als Tag,
Unsern Glauben leuchtet es, leuchtet es fern.

Draußen dümmert die Highstreet. Hundert kleine Verkaufsbuden der Straßenhändler reihen sich unabsehbar aneinander, und die Aetzflammen reißen große weiße Lichtegel in die Dämmerung. Hundertfältig strömen die Gerüche der Londoner Vorstadt aus den Zelten und offenen Bratpfannen, Geruch von Obst und Ägypfen, toten Fischen und welkendem Gemüse und dazwischen, alle übrigen Gerüche durchdringend, der Fettdunst gebrochener Fische und gerösteter Kartoffelschnitten. Ueberall Gruppen schwacher Menschen, an denen der Strom abendlicher Spaziergänger vorbeisulst. Nur ein alter jüdischer Straßenhändler scheint von allem Treiben unberührt. Bedächtig packt er seine Brillenkollektion ein. Er hat den gewichtigen Ernst eines Spinoza und den Kopf eines alttestamentlichen Propheten. Was schert ihn das Treiben der Welt. Morgen, am Sabbat, wird er im Kreise junger Menschen stehen und ihnen die uralten Mysterien des Talmud deuten — ein welt- und lebensfremder Philosoph.

Reform des Architekturstudiums. In München hat kürzlich auf Einladung der dortigen Technischen Hochschule eine Aussprache von Vertretern der deutschen und österreichischen Technischen Hochschulen stattgefunden, mit dem Ziele, einer einheitlichen Gestaltung der Einrichtungen und Prüfungsordnungen für Architektur näherzukommen. Es wurde die Notwendigkeit für die an sich seltene Ausnahme anerkannt, tüchtige, durch Leben und Praxis gereifte, künstlerisch begabte Leute zum ordentlichen Studium und zur Diplomprüfung zuzulassen. Allgemein brachte die Besprechung eine Klärung darüber, daß die Unterstufe an einer Technischen Hochschule durchaus der Ort der technischen Fachausbildung bis ins einzelne sein müsse. Das hochschulmäßige selbständige Arbeiten beginnt erst auf der Oberstufe. Daß zu ihr nur Leute zugelassen werden, die zu solch selbständiger Arbeit fähig sind, müßte das Ziel der Hochschulreform sein.

Ausgrabung der Höhle der Cumäischen Sibille. Amadeo Maiuri, der Direktor des Museums in Neapel und Leiter der Altertümpflege in Campanien, hat jetzt das altertümliche Cumä und die dortige Grotta della Sibilla als Hauptgebiet für seine Tätigkeit gewählt. Die Grotte im Burgfelsen der einst mächtigen Stadt, in der die Prophetin ihre Orakel spräche erteilte, war mehrere Jahrhunderte lang unentdeckt geblieben; der Eingang war durch Trümmer verfallene. Jetzt hat man die Eingangsterrasse und den großen Haupteingang der Höhle wiedergewonnen. Maiuri hat, wie Vogliano-Neapel in der Zeitschrift „Gnomon“ berichtet, festgestellt, daß gleich nach dem Ende der römischen Bürgerkriege, im Einklang mit dem Naturcharakter des innersten Heiligstums, ausgebehtete Anlagen zur

Befestigung und zum Schutz der Höhle entstanden sind. Die Zugänge, die Lichtschächte der Felsen, die verstopft waren, zeigen schon jetzt, daß die Befestigung von Bergit sich mehr auf die Wirklichkeit als auf die Phantasie stützt. Die Funde, die man bis jetzt gemacht hat, gehören noch nicht der Höhle an, sondern stammen von dem Apollotempel und sind in die Trümmer der Grotta geraten. Unter ihnen ist eine monumentale lateinische Inschrift, die sicher den letzten Jahren des Kaisers Augustus angehört. Aber es ist nicht zu zweifeln, daß, wenn man den Boden der Grotta della Sibilla erreicht hat, epigraphische und archäologische Monumente wichtige Anhaltspunkte für die Geschichte und den Kultus der Cumäischen Sibille ergeben werden.

Die Freigabe der deutschen afrikanischen Funde durch Portugal. Im Februar 1916 hielt Portugal, als es in den Krieg eintrat, alle deutschen Schiffe und Ladungen in den portugiesischen Häfen zurück. Darunter befand sich auch das österreichische Schiff „Cherustia“, das an Bord 400 Kisten mit afrikanischen Altertümern aus Äthiopien hatte, die von Dr. Walter Andrae im Auftrag der Deutschen Orientgesellschaft gesammelt worden waren. Nachdem diese Altertümer einige Jahre in Lissabon gelassen waren, wurden sie der Universität von Oporto anvertraut, wo sie sich noch befinden. Viele der Kisten enthalten Balkenblöcke, die für die Wiederherstellung der alten Gebäude wichtig sind; daneben aber wurden in den Kisten auch Skulpturen, Reliefs, Tonwaren, Tafeln, Schmelz und Schmelz bewahrt. Wie den „Times“ aus Lissabon gemeldet wird, hat nun der portugiesische Unterrichtsminister darin gewilligt, diese Gegenstände gegen andere Kunstwerte und wissenschaftliche Instrumente auszutauschen, und eine Kommission ernannt, die den Austausch mit dem deutschen Gesandten in Portugal bewerkstelligen soll.

Büden ist Zeitverlust. In den Fordwerken werden täglich drei Millionen Nietnägel gebraucht. Die Nägel, die bei der Arbeit fallen, dürfen nicht aufgehoben werden; sie werden vielmehr durch eine Vorrichtung aufgefangen und automatisch auf Transportbändern zurückgebracht. Kein Arbeiter in dem Betriebsprozess hätte auch Zeit, sich bei der Arbeit zu büden, um einen Gegenstand aufzuheben, denn die Arbeit am „gleitenden Band“ erfordert eine automatisch gleichmäßige Erledigung aller Handgriffe.

Tagung des Deutschen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik. Die Pädagogische Tagung des Deutschen Instituts für wissenschaftliche Pädagogik, Hauptortsteil Winter i. B., wurde in Koblenz von der Stadtverwaltung zusammen mit der Vereinigung deutscher Lehrer und Lehrerinnen aller Schulstufen und Befestigung zur Feier des 100-jährigen Bestehens der preußischen Schulverwaltung feierlich eröffnet. An der Tagung, die bis zum 10. Juli dauert, nehmen etwa 500 Personen teil.

Peter Hebel-Fest in Karlsruhe. Die Stadt Karlsruhe wird anlässlich des 100. Todesjahres Peter Hebels ihren großen Bürgern durch eine oßziale Feier am 25. September ehren.

Neue Platinunde. In Wirta sind Platinungen zum Abbau bereit, mit denen angeblich der Weltbedarf vollständig gedeckt werden kann! Die Folge würde natürlich eine starke Verbilligung sein. Zurzeit kostet ein Gramm Platin noch fünfzehn Mark, ein Gramm Gold nur drei Mark.

Expedition nach Grönland. Das Amerikanische Museum für Naturgeschichte entsendet eine Expedition nach Grönland. Zweck des Unternehmens ist in erster Linie das Studium des Fischlebens in den nördlichen Gewässern.

Absahrt nach Wien.

15 Reichsbanner-Sonderzüge unterwegs.

Am Anhalter Bahnhof herrschte heute in den ersten Mittagsstunden Hochbetrieb. Reugierig sahen die Bahngäste auf das buntdruckende Getümmel, das sich ab 12 Uhr in den Bahnhofsvorhallen und Eingängen entwickelte. 1200 Mann des Berliner Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold fuhrten in einem Sonderzug nach Wien, um dort am Sonntag mit den Brüdern vom Republikanischen Schutzbund für Größe und Freiheit der republikanischen Idee zu demonstrieren und im Marsch der Hunderttausende über den Wiener Ring für die unverbrüchliche Einheit des republikanischen Großdeutschlands Zeugnis abzulegen. In Trupps zu Zwei, Drei und mehr kommen sie auf dem Bahnhof an, die Reichsbannerleute. Die Tornister schwer bepackt, im Kleid der republikanischen Frontsoldatenorganisation, die Fahrtreue in den Augen. Viele haben eine rote Kette an die Windjacke gesteckt. Der gewaltige technische Apparat funktioniert tadellos, alles geht ohne jegliche Reibung vor sich. Aus den Straßenbahnen kommen sie, zu Fuß, auf den Autobussen, Junge und Alte. Städtliche Gestalten sind es, die das republikanische Berlin in Wien repräsentieren sollen. Um 12 Uhr wird der Bahnsteig für das Publikum gesperrt und im Ru ist der bereitgestellte Sonderzug von den Massen dicht gefüllt.

Mit 1200 Kameraden ist der Sonderzug besetzt, der die Berliner Republikaner zum Fest der österreichischen Brüder nach Wien bringen soll. Auf den Bahnsteigen drängte sich zur Abfahrtszeit eine nach vielen Hunderten zählende Menge, die den abfahrenden Reichsbannerleuten ein Lebewohl nachrufen wollte. Der Zug ist festlich und reich in den schwarzrotgoldenen Farben geschmückt. Jeder Mann findet seinen Sitzplatz. Die einzelnen Berliner Gruppen haben ihre geschlossenen Wagen, so daß sich während der langen Fahrt der Kamerad zum Kameraden findet. Wenn keine Zwischenfälle eintreten, hofft man morgen vormittag um 9 Uhr im schönen Wien zu sein. Von Passau aus will ein Teil der Berliner mit dem Dampfer nach Wien fahren. Um 9 Uhr hoffen die letzten Berliner in Wien zu sein. In Leipzig wird der Zug zu einem von 900 Mann besetzten Sonderzug des Gaues Berlin-Brandenburg stoßen, der ebenfalls nach Wien geht. Im Berliner Zug befindet sich auch eine 20 Mann starke Fahnen-Delegation des Gaues Pommern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Insgesamt sind 15 Sonderzüge mit etwa 12 000 bis 15 000 Reichsbannerleuten auf der Fahrt nach Wien. Pünktlich um 12,36 Uhr, wie vorgesehen, setzte sich der Zug unter stürmischen Hochrufen der Menge in Bewegung. Die Kapelle im Zug stimmte das Reichsbannerlied an. Begeisterte Hochrufe auf die Republik wurden ausgebracht, und unter immer erneutem Beifallsjubel der vielen, die den Bahnsteig dicht umsäumten, verabschiedete der Zug der Republikaner in der Ferne.

Todessturz eines Einbrechers.

Von dem Wohnungsinhaber übertascht.

Als der Kaufmann Alfons von Förster gestern Abend mit seiner Familie von einem Ausflug heimkehrte, sah er mit Erstaunen, daß in seiner Wohnung Licht brannte. Nichts Gutes ahnend, eilte er hinauf und fand die Wohnungstür, die er ordnungsmäßig verschlossen hatte, nur eingeklinkt. Geräuschlos öffnete er sie und sah sich plötzlich drei Einbrechern gegenüber. Im Korridor entspann sich ein Ringkampf, bei dem es zweien der Einbrecher gelang, zu entweichen. Endlich konnte sich auch der dritte freimachen und wollte in großen Sätzen die Treppe hinabspringen. Er kühlte sich dabei auf das Geländer, bekam das Übergewicht und fiel, da es eine Wendeltreppe war, in den Schacht hinab, wo er mit zerquetschten Gliedern liegen blieb. Hausbewohner hatten inzwischen das Revier benachrichtigt. Die Beamten brachten den Abgestürzten in das Urban-Krankenhaus, wo er gleich nach der Eintieferung starb. Es ist ein gewisser Kramm. Seine beiden Komplizen sind unerkannt entkommen. Die Einbrecher hatten in der Wohnung mehrere Schränke erbrochen und waren im Begriff gewesen, die Beute zusammenzupacken, als sie übertascht wurden.

Ueberfall von Asylisten auf einen Obswagen.

Wagen und Kasse völlig ausgeplündert.

Seit einiger Zeit kam es wiederholt vor, daß Straßenhändler in der Gegend der Andreasstraße und des Schlesischen Bahnhofes Zusammenstöße mit Asylisten hatten. Gestern nachmittag hielt der Händler Max Rembeh aus der Weberstraße mit seinem Obswagen vor dem Hause Andreasstraße 1. Kurz bevor er zusammenpacken wollte, trat ein Asylant an ihn heran und forderte ihn auf, Obst ohne Bezahlung abzugeben. Als der Händler das ablehnte mit der Begründung, daß er selbst nichts zu verschenken habe, fiel der Mann plötzlich über ihn her und schlug ihn zu Boden. Dieser Angriff war das Signal für etwa 20 andere Asylisten, die in der Nähe bereits gewartet hatten, den Wagen zu plündern. Etwa ein halbes Dutzend warf sich auf den Händler und mißhandelte ihn, die übrigen rissen die Ware vom Wagen, erbrochen die Kasse und stahlen den gesamten Inhalt von 60 Mark. In der Notwehr gab Rembeh einen Schreckschuß in die Erde ab, worauf die Plünderer auseinanderliefen. Hinzukommende Schupo-Beamte konnten einige Personen feststellen, doch waren die meisten schon geflüchtet. Die Polizei sollte an den Stellen, die ihr bekannt sein werden, ein besonderes Augenmerk auf die gefährdeten Straßenhändler haben.

Der Leichenfund im Tiergarten aufgeklärt.

Der Leichenfund im Tiergarten, über den wir berichteten, konnte durch die Nordkommission gestern Abend völlig geklärt werden. Der Tote ist festgelegt als der 65 Jahre alte Klavierbauer Hermann Linke aus der Hohenstaufenstraße 37. Linke war früher Besitzer einer Pianofabrik in der Elisabethstraße, die sich eines ausgezeichneten Rufes und regen Zuspruchs erfreute. In der Inflationszeit brach das Geschäft zusammen, und Linke schied aus der Fabrikleitung aus. Er eröffnete dann in der Hohenstaufenstraße 37 eine Musikalienhandlung und Reparaturwerkstatt, hatte aber auch damit nur geringen Erfolg. Am 7. d. M. entfernte er sich aus dem Geschäft, schrieb an seine Angehörigen Abschiedsbriefe und wurde jetzt als Leiche wiedergefunden.

Wohnungsnot und Bettentot

war das Thema, das der Deutsche Verband für Schulkinderpflege in den Mittelpunkt einer Konferenz gestellt hatte. In Hand von sehr gründlich zusammengestellten Material wiesen Frau Albers, Leiterin des Wohlfahrtsamtes Solingen, und Professor Dr. Engel (Dortmund) die verheerenden Folgen des Notstandes für Gesundheit und Sittlichkeit der Kinder nach. Not- und mangelnde Stünde die Fürsorge vor dieser Not, die zu bessern, geschweige denn zu verhüten sie nicht in der Lage sei. Die Darlegungen der Referenten wurden noch bestätigt durch die Versammlung war sich einig in der Ueberzeugung, daß an den maßgebenden Stellen der unheilvolle Einfluß der Wohnungsnot auf das gesamte Volksleben noch immer nicht in genügendem Maße erkannt sei und beschloß, eine eindringliche Mahnung an die Regierung zu richten, den Ertrag der Hauszinssteuer restlos zur Herstellung neuer und zur Erhaltung alter Wohnungen zu verwenden. Insbesondere soll darauf hingewiesen werden, daß billige Wohnungen beschafft werden, denn es ist jetzt bereits zum Beispiel in Berlin der traurige Zustand eingetreten, daß trotz der fürchterlichen Wohnungsnot Wohnungen leer stehen, weil ihr Mietpreis für die Bevölkerung uner-

schwinglich ist. Am Nachmittag brachte Architekt Wolf Vorschläge für billiges Bauen und einfache Wohnungseinrichtung, von denen in der Aussprache besonders der Vorschlag, in den Vororten nur billige und schmale Straßen anzulegen und die Vorschläge, durch zusammenklappbare oder in die Wand eingelassene Betten die Bettentot zu bekämpfen, herausgegriffen wurden. In der Ausschluß- und Vorstandsitzung wurde über die Ausbildung von Fürsorgerinnen, über Kindererziehung im Hausgehilfenseh und über Alkoholbekämpfung beraten.

Berlin und die Hochbahn.

Annahme des Vertrages.

Die Generalversammlung der Hochbahn-Gesellschaft in Berlin nahm heute vormittag den Vertrag mit der Stadt Berlin, dessen Annahme durch die Stadtverordnetenversammlung am 1. Juli erfolgt ist. Die Aktienmajorität der Gesellschaft kommt nach Durchführung dieses Vertrages in die Hände der Stadt Berlin. Der Vertrag enthält folgende Einzelheiten: Die 50000 Schutzaktien der Gesellschaft, um die bekanntlich projektiert wurde, werden eingezogen. Das Aktienkapital der Gesellschaft wird um 62 Millionen Mark erhöht. Von diesen werden 50 Millionen der Stadt Berlin für die Ueberlassung der Nord-Süd-Bahn gegeben, und zwar gilt die Ueberlassung als Einzahlung von 50 Proz. Die Hochbahngesellschaft übernimmt dagegen Anleihe-schulden der Nord-Süd-Bahn im Betrage von rund 33 Millionen Mark. 12 Millionen erhält die Stadt Berlin für die Einbringung der Schöneberger Bahn, und zwar wird diese Einbringung als Einzahlung von 50 Proz. angerechnet. Ueber die Einzelheiten der Generalversammlung werden wir noch berichten.

Großgarage für 200 Autobusse.

Der neue Betriebshof der Uboag in Charlottenburg.

In Charlottenburg, an der Helmholtz- und Worsfelstraße, ist in den letzten Monaten auf einem der Uboag gehörigen Gelände eine neuzeitliche, große Garagenanlage entstanden, wie sie in Berlin und auch in anderen Weltstädten mit Autoomnibusverkehr bisher noch nicht zur Ausführung gekommen ist.

Dieser Betriebsbahnhof, der besonders für die den Berliner Westen befahrenden Autobuslinien bestimmt ist, setzt sich aus einer Wagenhalle zum Unterstellen der Autobusse, aus einer daran anschließenden Halle zum Reinigen, Unteruchen, Vorarbeiten von kleinen Reparaturen usw., sowie einem Verwaltungsgebäude und den für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen zusammen. Infolge des schlechten Baugrundes — der tragfähige Boden liegt in 7 bis 8 Meter Tiefe — mußten die gesamten Bauteile auf Pfahlroten gegründet werden. Die Wagenhalle ist ein großer, fast stützenloser Eisenkonstruktionsbau und hat eine Länge von 90 Metern und eine Breite von 53,5 Metern. Sie bietet für 150 bis 200 Autobusse Platz. Unmittelbar neben dieser großen Halle liegt die Wagenwaschhalle, die bei gleicher Länge eine Breite von 18,6 Metern besitzt. Seitlich der Waschhalle liegen die Lager und die Werkstätten, ferner die Reparaturgruben, die Heizzentrale und einige weitere Nebenräume, von denen aus die Ladung der Lichtakkumulatoren erfolgt. Die gesamte Gebäudefläche umfaßt rund 7000 Quadratmeter. Für die Eisenkonstruktionen der Wagenhalle sind ungefähr 670 Tonnen Eisen aufgewendet worden. Die abends aus dem Betrieb zurückkehrenden Autobusse werden am Eingang zur Waschhalle zunächst trocken gereinigt, anschließend erfolgt die gründliche Reinigung mit warmem Wasser. In dem nächsten Abschnitt werden die Wagen mit kaltem Wasser nachgespült, die Fenster geputzt usw., worauf dann über den Revisionsgruben die Prüfung auf Betriebssicherheit erfolgt und das Laden der Akkumulatoren vom Akkumulatorenraum aus vorgenommen wird. Nach dieser Revision gelangen die Wagen in die große Wagenhalle. Bevor die Wagen morgens den Hof verlassen, werden sie außerhalb der Halle an Zapfstellen unter einer Brücke mit Benzin gefüllt. Die Füllung eines Wagens, der für seinen Tagesverbrauch 130 Liter Betriebsstoff erhält, nimmt etwa 2 Minuten Zeit in Anspruch, wobei die Anlage eine genaue Messung des abgegebenen Betriebsstoffes gestattet. Der Betriebsstoff ist in drei unterirdischen Tanks gelagert, von denen jeder 60 000 Liter enthält. Nach den Fortschritten der Bauarbeiten ist damit zu rechnen, daß der neue Bahnhof etwa Mitte August in Betrieb genommen werden wird.

Fliegerabsturz in Staaken.

Heute vormittag 9 1/2 Uhr stürzte bei der Verkehrsfliegerschule in Staaken bei einem Schulflug eine Dietrich-Gebietmaschine (Schul- und Sportflugzeug) aus geringer Höhe ab. Das Flugzeug war nur mit dem Flugzeugführer Bismann besetzt. Der Flugzeugführer war sofort tot. Das Flugzeug ist zertrümmert.

Adam in der Mulackstraße. Dem 28-jährigen Karl A. aus der Linienstraße hatte es wohl die schier unerträgliche Hitze angetan. Wahrscheinlich überlegte er, daß es bei einer derartigen Hitze Adam im Paradies besser gehabt hätte. Jedemfalls zog sich Karl A. gestern Abend in der Mulackstraße splitterfasernackt aus, nahm seine Sachen unter den Arm und ging in diesem Zustand spazieren. Er verursachte einen gewaltigen Aufschrei. Von einem hinzukommenden Polizeibeamten wurde er schließlich festgenommen und zur Wache gebracht.

Ein feiner Kavaller. Ein junges Mädchen aus Dresden, das sich auf der Durchreise mehrere Tage in Berlin aufhielt, hatte im Grunewald ein ernstliches Erlebnis. Es hatte in Dohlem einen jungen Mann kennengelernt, mit dem es im Grunewald spazieren ging. In der Nähe der früheren Garbeschützenkaserne nahm der Spaziergang ein jähes Ende. Der junge Mann, der als Kavaller den Hut und die Handtasche seiner Begleiterin getragen hatte, rüdte plötzlich damit aus, und es gelang ihr nicht, ihn einzuholen. In der Handtasche waren 25 Mark bares Geld.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Vier Arbeiter durch Blitzschlag getötet.

Aus München kommt die Nachricht von einem furchtbaren Unglück, dem zehn Arbeiter zum Opfer gefallen sind. Als die Arbeiter nach Arbeitschluss aus einer Fabrik in Limbach heimgingen, mußten sie wegen eines ausbrechenden Gewitters unter einem Baum Zuflucht suchen. Plötzlich fuhr ein Blitz in den Baum, tötete vier Arbeiter sofort und verletzte drei schwer. Die übrigen kamen mit leichten Verletzungen davon.

Eisenbahnkatastrophe in Polen.

Wie aus Warschau gemeldet wird, stieß gestern Abend bei Rogow in der Nähe von Warschau der aus dem Kurort Jaspone kommende Schnellzug mit dem von Warschau nach Krakau abgehenden Schnellzug zusammen. Die Lokomotive des Warschauer Zuges entgleiste, wodurch drei Wagen aus dem Gleise sprangen und umstürzten. Zwei Personen wurden auf der Stelle getötet, acht schwer und eine Anzahl leicht verwundet. Von Warschau ist sofort ein Rettungszug an die Unglücksstelle abgegangen. Der Verkehr, der längere Zeit unterbrochen war, ist gegen 3 Uhr früh wieder aufgenommen worden. Als Ursache der Katastrophe wird falsche Weichenstellung angenommen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Verschmelzung in der Lebensmittelindustrie.

Der Bäckerverband für die Verschmelzung.

In der Beiratsitzung des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes (des früheren Verbandes der Bäcker und Konditoren), die am 28. Juni in Hamburg stattfand, berichtete Friß über das Ergebnis der Urabstimmung. Trotz der bedeutenden Erleichterungen des Wahlmodus gegenüber früheren Urabstimmungen konnte nur ein gutes Drittel der Mitglieder zur Stimmabgabe veranlaßt werden; 65 Proz. aller Mitglieder haben sich an dieser wichtigen Abstimmung nicht beteiligt. Für die Verschmelzung stimmten 16 200 Mitglieder oder 32,4 Proz. gegen die Verschmelzung 13 226 oder 26 Proz. Bei einem Vergleich der Abstimmung im Jahre 1921 ergibt sich, daß die gleiche Zahl der Verschmelzungsbefürworter wie damals festgestellt werden kann. Wohl ist das Prozentverhältnis der Beteiligten etwas gestiegen, aber zufriedenstellen kann es nicht. Es wurden noch bei keiner Urabstimmung soziale Verstöße gegen das Wahlreglement festgestellt, wie diesmal. Aus 11 Wahlstellen wurde kein Resultat eingeholt und in 13 Wahlstellen mußte das Abstimmungsergebnis wegen grober Verletzungen des Wahlreglements für ungültig erklärt werden. Nach Berufsgruppen beteiligten sich an der Abstimmung: 7343 Bäcker, 472 Konditoren, 8900 Süßwarenarbeiter (davon 5844 weibliche), 906 Erwerblose. Das Resultat entspricht auf keinen Fall der Erwartung; dennoch habe der Gesamtvorstand mit 12 gegen 7 Stimmen die Tragfähigkeit des Abstimmungsergebnisses zur Verschmelzung anerkannt. Er könne sich aber dennoch von seinen schweren Bedenken nicht freimachen, daß in Anbetracht der überaus schwachen Beteiligung und der vielfach ermittelten Verstöße wir einer recht unsicheren Zukunft entgegengehen.

In der Diskussion wurde von einigen Rednern die Tragfähigkeit des Abstimmungsergebnisses zur Verschmelzung angezweifelt. In keiner Gewerkschaft würde es möglich sein, daß ein Drittel des Mitgliederbestandes über die Auflösung der Organisation entscheiden kann. Diese Minderheit habe nicht das Recht, über den Anschluß mit anderen Verbänden zu befinden.

Demgegenüber wurde von anderen Rednern die Meinung vertreten, daß das Abstimmungsergebnis als die Willensmeinung der tätigen Verbandsmitglieder zu betrachten sei und respektiert werden müsse.

Die Abstimmung ergab, daß 32 für und 9 Kollegen gegen die Tragfähigkeit stimmten.

Damit hat der Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband sich für die Verschmelzung erklärt. Der Zentralverband der Fleischer hat sich mit über der Hälfte seiner Mitglieder und mit fast allen Stimmen der Abstimmenden dafür erklärt, während der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter sich mit nahezu der Hälfte seiner Mitglieder (35 130 von 68 145) für die Verschmelzung ausgesprochen hat. 15 000 seiner Mitglieder stimmten allerdings dagegen, so daß der Schwerpunkt für die endgültige Entscheidung bei letzterem Verbande liegt. Hoffentlich wird er auch hier überwunden, so daß der engeren Verbindung nichts mehr im Wege steht.

Neutralität der Polizei im Wirtschaftskampfe.

Man schreibt uns: Von verschiedenen Polizeibeamten wurden den streikenden Bäckern des Beamten-Wirtschaftsvereins, trotzdem das unentgeltliche Verteilen von Flugblättern nicht verboten ist, allerlei Schwierigkeiten bereitet. In einzelnen Polizeibeamten gingen in ihrer „Unparteilichkeit“ sogar so weit, die Flugblätter zu beschlagnahmen. Als dann nach einigen Tagen diese Beamten sich davon überzeugten hatten, daß sie unrecht taten, wurden die Flugblätter wieder zurückgegeben.

Besonders lästig im Sinne des Vorstandes des B.W.V. ist ein Kriminalbetriebsassistent aus Droyß. Nachdem schon vor Wochen einem streikenden Bäcker das Verteilen von Flugblättern unmöglich gemacht wurde, fuhr am Donnerstag, den 1. Juli, ein anderer Bäcker nach der Beamtenfledung Eißhal bei Wustermark, um dortselbst Flugblätter zu verteilen. Da es sich dort nicht lohnte, vor der Verkaufsstelle des B.W.V. auf die spärliche Kundschaf zu warten, so wurden die Flugblätter den Bewohnern der Siedlung in ihre Briefkästen gesteckt.

Der Herr Kriminalbetriebsassistent fuhr dem Flugblattverteiler auf seinem Fahrrad nach und beschlagnahmte die letzten zwei Flugblätter (die anderen waren schon alle verteilt). Zuerst erklärte dieser Polizeibeamte in Zivil, er habe es nicht nötig, sich auszuweisen. Doch auf das energische Verlangen des streikenden Bäckers zog er einen Ausweis heraus und legitimierte sich. Auf die Frage, mit welchem Recht die Flugblätter beschlagnahmt werden sollen, zog dieser Beamte eine einstweilige Verfügung hervor, die schon 14 Tage aufgehoben war. Darauf aufmerksam gemacht, erklärte der Herr Kriminalbetriebsassistent, davon, daß die einstweilige Verfügung aufgehoben sei, wisse er nichts und beschlagnahmte die gestohlenen zwei Flugblätter und wollte sogar den Verteiler nach der Polizeiwache bringen. Da der Flugblattverteiler aber einen Reisespaß besaß, so begnügte sich der Beamte mit der Feststellung der Personalleistungen.

Hieraus ergeben sich folgende Fragen: In welchem Auftrage handelte der Beamte, der es deutschen Staatsbürgern unmöglich macht, ihre verfassungsmäßigen Rechte auszuüben?

Wie kommt der Beamte in Droyß zu der „einstweiligen Verfügung“, die im Auftrage des Vorstandes des Beamten-Wirtschaftsvereins gegen drei Personen erwirkt worden war? Weshalb hat diese Informationsstelle den Beamten nicht auch mitgeteilt, daß die einstweilige Verfügung aufgehoben worden ist?

Wieweit kann der Herr Landrat des Kreises Osthavelland darüber Aufschluß geben.

Ist das Gleiches mit Gleichem vergolten?

Man schreibt uns: Wie die Gemeinden — selbst wenn sie große Stadtgemeinden sind — den Feuerwehrdienst lohnen, zeigt folgendes Vorwissen: Der Feuerwehrmann Hellig G. war von 1906 bis 1918 Mitglied der freiwilligen Feuerwehr Mariendorf. Im Jahre 1912 machte er die Prüfung als Oberfeuerwehrmann. In der Zeit von 1914 bis 1916 und sofort nach seiner Entlassung aus dem Kriegsdienst leistete er Lohnwachen für die Gemeinde Mariendorf. Im Jahre 1918 gründete die Gemeinde Mariendorf eine Berufsfeuerwehr und G. wurde als Oberfeuerwehrmann bei derselben eingestellt.

Im Jahre 1925 wurde G. wegen Zerfall seiner Gesundheit dienstunfähig. Der Tarifvertrag der städtischen Arbeiter sieht vor, daß laufende Unterhaltungen erst nach sieben Dienstjahren gewährt werden. G. war am 22. November 1918 in den Dienst der Gemeinde Mariendorf getreten und bei Schaffung der Stadtgemeinde Groß-Berlin in deren Dienst übernommen worden. Seine sieben Dienstjahre waren also erst am 22. November 1925 abgelaufen. Zum 30. September 1925 erfolgte die Kündigung. Das Tarifamt der Stadt Berlin berief sich auf die Tatsache, daß diese sieben Jahre nicht erfüllt waren, und damit war für dieses die Angelegenheit erledigt. Daß der Oberfeuerwehrmann G. in der Zeit von 1914 bis 1916 Lohnwachen für die Gemeinde Mariendorf geleistet hat und § 2 Abs. 2 der Tarifbestimmungen über Ruhezugehörigkeit befreit, daß auch nicht vollbeschäftigte Personen Ruhezugehörigkeit befreit werden kann, daß Kriegsdienstzeit nicht als Unterbrechung der Dienstzeit angesehen wird (§ 6, Abs. 3 a. D.) berührt das Tarifamt nicht. Der Kranke hat zwar annähernd 20 Jahre im Dienste des Berufsfeuerwesens und damit im Dienste der Allgemeinheit gestanden. Es bestand die Möglichkeit, ihm unter Berücksichtigung der geleisteten Lohnwachen und § 2 Abs. 2 der Tarifbestimmungen in Anerkennung dieser opfervollen Hingabe Ruhezugehörigkeit zu bewilligen, doch

das Tarifamt hat ja nicht die Pflicht, unbillige Härten auszugleichen, sondern nur die Interessen des Mogistrotz Berlin zu wahren.

Oberfeuerwehrmann G. hat diesen Unbitt nicht lange überlebt, am 30. Dezember 1925 ist er gestorben. Seine Witwe ist jedoch augenblicklich laut ärztlichem Gutachten zu 100 Proz. erwerbsunfähig. Ihr 20jähriger Sohn ist erwerbslos. Der Witwe Wittmenger zu geben, hat das Tarifamt der Stadt Berlin noch immer nicht für notwendig gehalten. Wir hoffen, daß es nur dieser Zeilen bedarf, um den Mogistrotz Berlin zu veranlassen, daß er dem Tarifvertragsamt Anweisung gibt, den Tarifvertrag so zu handhaben, wie er gehandhabt werden muß, wenn unbillige Härten vermieden werden sollen.

„Blöder Schwindel.“

Auf der täglichen Suche der Leute in der „Roten Fahne“ nach Stoff, um den „Vorwärts“ herunterzureißen, muß helfen was helfen mag. In Nr. 317 vom Donnerstag abend haben wir eine EP-Meldung über Streikbrecheri beim Streik der New Yorker Untergrundbahner etwas gekürzt wieder. Die Überschrift, die wir der Meldung gegeben hatten: „Die Streikbrecher“, blieb beim Umbruch aus räumlichen Gründen fort. Die „Rote Fahne“ gibt unsere Meldung als Zitat richtig wieder, läßt aber bei der polemischen Wiedergabe ein Komma fort, um einen „blöden Schwindel“ aus der Meldung zu konstruieren, woran das Schlimmste sei, daß die Gewerkschaftsredaktion des „Vorwärts“, diesen Schwindel anstandslos abdruckte.

Wir müssen den Schwindel aufdecken: Der Satz um den es sich dreht, lautet:

„Etwa 40 Proz. der Untergrundbahnen New Yorks konnte im Laufe des gestrigen Tages verkehren, besonders deshalb, weil arbeitswilliges Personal aus Chicago und anderen Städten mit Untergrundbahnen, nach New York geschickt worden waren.“

Für jeden, der lesen kann, heißt das, daß aus Städten, die Untergrundbahnen haben, ein Teil der Bediensteten als Streikbrecher nach New York geschickt worden sei.

In der „R. F.“ wurden die Worte „mit Untergrundbahnen“ unterstrichen und dann bemerkt: „Streikbrecher von Chicago und anderen Städten mit Untergrundbahnen“ nach New York zu schaffen, ist ein starkes Stück.“

Der Effekt des starken Stückes ist durch die Fortlassung des Kommas hinter Untergrundbahnen erzielt worden, um uns zu unterstellen, wir hätten unseren Lesern berichtet, aus Chicago und anderen Städten seien Streikbrecher per Untergrundbahnen nach New York befördert worden.

Die Liebe macht blind!

Erfolg der Hafenarbeiter in Antwerpen.

Brüssel, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Antwerpener Hafenstreik schlug ein neuer Einigungsversuch zunächst fehl. Die Unternehmer hatten einen neuen Vorschlag gemacht, sofort 38 Franken Tagelohn auszusahlen, der ab 1. August auf 40 Franken erhöht werden sollte. Die Streikleitung beschloß, den Vorschlag einer Urabstimmung zu unterbreiten, die aber mit 2838 Stimmen gegen 924 Ablehnung ergab. Inzwischen sind die mit Schiffsreparaturen beschäftigten Metallarbeiter ebenfalls in Streik getreten, der sich rasch ausdehnt. Wertwürdig ist, daß der in Antwerpen eingelaufene Sowjetdampfer Krasnoje Zwama seine Getreideladung durch eigene Mannschaft mit Zuhilfenahme streikbrecherischer Vorarbeiter löschen ließ.

Nachdem die streikenden Hafenarbeiter den Vorschlag der Unternehmer abgelehnt hatten, haben diese die Forderung auf einen Tage lohn von 40 Franken voll und ganz bewilligt unter der Bedingung, daß die Arbeit am Freitag morgen aufgenommen wird. Damit haben die Arbeiter einen vollen Sieg errungen.

Außerordentliche Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter.

London, 9. Juli. (U.) Wie eine Nachrichten-Agentur meldet, haben einige Führer der Bergarbeiter eine außerordentliche Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter einberufen. Der Zweck dieser Konferenz soll darin bestehen, von den Bergarbeitern eine Erklärung zu erlangen, daß sie den Bericht der Studienkommission als Basis für eine Lösung der gegenwärtigen Krise vorzuschlagen. Frank Hodges erklärte gestern in einer Rede, die Ablehnung der Führer der Bergarbeiter, den Bericht der Kohlenkommission anzunehmen, sei einer der größten Fehler in der Geschichte der englischen Bergarbeiterbewegung.

Der New Yorker Untergrundbahnstreik.

London, 9. Juli. (U.) „Daily Telegraph“ meldet aus New York vom 8. Juli, daß der Untergrundbahnstreik keinen Erfolg darstelle, 1. weil das Personal der Hochbahn größtenteils dem Streik nicht beigetreten sei, und 2. wegen der Tatsache, daß die Geschäftsleute und die Angestellten mit ihrem eigenen Auto ins Geschäft fahren und die Wagen von ihren Frauen wieder nach Hause fahren lassen. Die Untergrundbahn konnte heute während der Hauptverkehrsstunden etwa 50 Prozent des normalen Verkehrs aufweisen.

Im Widerspruch zu dieser Meldung steht die folgende, die auf eine Verschärfung des Streiks schließen läßt.

New York, 9. Juli. (U.) Heute früh entgleiste ein Zug der Untergrundbahn, wodurch beträchtlicher Materialschaden angerichtet wurde. Die Arbeiter der Kraftwerke werden dem Streik der Motorführer und Weichensteller möglicherweise morgen beitreten.

Responsible für Politik: Gust Wenzel; Wirtschaft: Kurt Sauer; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Elysee; Gesundheit: Dr. John Schimanski; Soziale und Sonstige: Erik Kersch; Anzeigen: H. Glöckl; sämtlich in Berlin. Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 18, Eintrachtstr. 2.

Am 7. Juli 1926 verstarb plötzlich unser Ehrenmitglied, der Tapezierermeister

Simon Feder

Berlin NW 23, Flensburger Straße 15
Fachredakteur der Allgemeinen Tapezierer-Zeitung
im Alter von 64 Jahren.
Tief erschüttert stehen wir an der Bahre des Verbliebenen, dessen Leben der Organisation gewidmet war.
Ehre seinem Andenken!
Berlin, den 8. Juli 1926.
Der Vorstand der Tapezierer-Innung Groß-Berlin.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. Juli 1926, nachm. 3 Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Berlin N 38, Pappelallee 15, statt.

Schenk
Bücher zu jedem Fest!

J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.
Lindenstraße 2.

Sport-Stiefel

Wanderstiefel :: Bergsteiger
nur in dem bekannten Spezialgeschäft
Berlin
H. Bähr Spillmannstr. 7
n. d. Brücke

Berliner - Elektriker - Genossenschaft

Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Platzburg 9631

Alexanderstr. 30-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.

Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs zu kulantem Zahlungsbedingungen.

Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen

Westerland

ist das **Bequeme Reisewege**
ideale Nordseebad **Mäßige Preise**

Man verlange Prospekte in dem Reisebureau oder durch die Badeverwaltung

Gardinen!

Sonderangebote und Gelegenheitskäufe

Künstler-Gardinen 2.90
Madras-Gardinen 4.-
Gardinen 2.20
Stores 4.-
Bettedecken 4.-
Bettedecken 2betig 8.-
Spez.-Gardinenwerkst. Neukölln, Bergstr. 67 am Ringbahnhof. Kein Laden!

Bettfedern Adolf Pohl

Dresdener Straße 15
(Fabrikgebäude.)

Ischias

schmerzhaft, unheilbar, wenn nicht rechtzeitig behandelt. In 10 Tagen sind schwere Fälle heilbar. Spezialkur Heilbrunn, Heilbrunn am Neckar, Arzt. empfohlen. Invalidentische 100, 9-11, -4, Sonntag 10-12, Sonntags 10-12.

Photoapparate Bedarfsartikel

Entwickeln - Kopieren gut und preiswert
Photo-Spezialhaus Haller
Kottbuser Damm 98

10 billige TAGE! **Wirklich billige und preiswerte Angebote für den Herrn!**

Einige Beispiele:

Straßen-Anzüge	25.-	29.-	36.-	49.-	54.-	59.-	69.-	79.-
Ulster und Paletots	29.-	34.-	40.-	50.-	60.-	65.-		
Beinkleider	4.50	5.50	7.50	9.50	12.-			
Regenmäntel	12.-	13.-	16.-	17.50	22.50	28.-	34.-	
Sport-Anzüge mit 2 Hosen							62.-	an
Sport-Anzug mit 1 Hose							35.-	an
Windjacks	6.-	8.-	10.-	12.-	16.-	18.-	22.-	
Breeches	6.-	8.-	10.-	14.-	16.-	18.-	22.-	
Lodenmäntel	25.-	27.-	29.-	32.-	36.-	40.-		

M. Schulmeister
Kottbuser Tor
Des Andranges wegen empfiehlt sich der Einkauf in den Vormittagsstunden

SAISON-AUSVERKAUF

Beginn 1. Juli in fast allen Abteilungen Mengenabgabe vorbehalten

Glas Bier- oder Teebecher geschliffen 22 Pf. Bierbecher Sandblase 14 Pf. Flora 18 Pf. Vasen gepresst 48 Pf. Likörgläser verschiedene Farben 38 Pf. Käseglocken glatt 70 Pf. Sahnensätze 3 teilig, gepresst 95 Pf.	Weißes Porzellan mit kleinen Fehlern Speiseteller nach 20, tief 28 Pf. Abendbroteller 15 Pf. Saucieren 75 Pf. Kaffeekannen 48, 65, 95 Pf. Tassen 10 Pf.	Preßglasteller Schleuderstern 25 Pf. Grosse Posten Stahlwaren Alpaka-Kaffeelöffel 25 Pf. Alpaka-Esslöffel 45 Pf. Grosse Posten Holzwaren Messerkästen 45 Pf. Servierbretter gestinkt 90 Pf.	Buntes Porzellan Mokkaservice 4teilig, 1 Person 95 Pf. Kaffeeservice 5teilig, 2 Personen 2 ⁵⁰ Kaffeeservice 9teilig, 6 Personen 4 ⁷⁵ Abendbroteller bunt Porzellan 25 Pf. Tassen buntes Bandmuster 30 Pf. Tassen mit Goldrand 28 Pf.	Steingut Waschgarnituren 5 teilig, 80 cm 2 ⁹⁵ Waschgarnituren 5 teilig, 50 cm 5 ⁹⁰ 7 ⁰⁰ Satz Salats weiss 6 teilig 95 Pf. Satz Salats bunt 6 teilig 1 ³⁵ Speiseteller tief oder flach, weiss 10 Pf. Wandteller Dalt- master 55, 78, 95 Pf.
Ein Posten Scheren zum Aussähen St. 45, 35 Pf. Ein Posten große u. kleine Tischmesser St. 25 Pf. Ein Posten Taschenmesser St. 65 Pf. Ein Posten Obstmesser St. 38 Pf.	Große Posten Emaille Kasserollen 20, 25, 30 Pf. Schmortöpfe 95 Pf. 1 ¹⁵ Kaffeekannen weiss/weiß, 1 Liter 65, 85 Pf. Mölkemer mit Deckel 1 ⁹⁵ 2 ⁴⁵ Wannen rund 95 Pf. 1 ²⁵	Gardinen * Teppiche Etamin-Stores mit reichen Ein- 95 Pf. Etamin-Garnitur 3teilig, mit Spitzen und Einsätzen 2 ²⁵ Halbstores mit grossen Filzmustern 4 ⁸⁰	Salatbestecke 45 Kunsthorn 75 Pf. Ein Posten Holzlöffel in versch. Größen 10 Pf. Schrubber 38, 28 Pf. Klosettbürsten 65, 40 Pf. Aermelplättbretter 90 Pf. bezogen	Liegestühle 550 mit Armlehne und Fußst. 95 Pf. Hocker extra gross 95 Pf. Sessel (Weide) mit Zapfband 4 ⁹⁰
Bettdecken zweifettig, englischer Tüll, früher bis 14.50, jetzt 5 ⁹⁰	Diwanddecken Mokette, erst 63.00, jetzt 2 ⁹⁰⁰	Spiegel weisser Rahmen, extra gross 95 Pf. Hand- Halter 95 Pf. Handkörbe 1 65 beste Ausführung, dir. Größen		